

Prostitution: Die Freier bestrafen?

Soziales CDU/CSU im Bundestag will neue Gesetze. Das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs)Prostitution kämpft dafür seit Jahren – und sieht den Vorstoß dennoch skeptisch. *Von Bea Wiese*

Aalen

Eine Debatte in Berlin wird an diesem Freitag auf der Ostalb besonders aufmerksam verfolgt: Die CDU/CSU-Fraktion beantragt, der Bundestag möge beschließen, „menschenunwürdige Zustände in der Prostitution“ zu beenden und „Sexkauf in Deutschland zu bestrafen“.

Aus Sicht des Ostalb-Bündnisses, das seit sechs Jahren gegen Menschenhandel und (Zwangs)Prostitution kämpft, sei das ein grundlegender Paradigmenwechsel, sagt Marietta Hagene

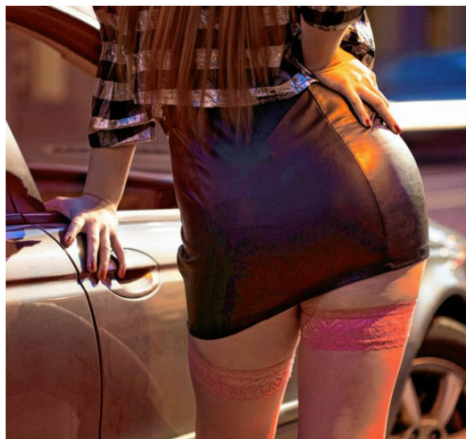
ney. Foto: Stefan Baumgarth

Marietta Hagene, der niemals im Bundestag gestellt wurde! Endlich erkennt man nach 20 Jahren, dass sich grundlegend etwas ändern muss.“

„Endlich erkennt man, dass sich grundlegend etwas ändern muss.“

Marietta Hagene
Geschäftsstelle Ostalb-Bündnis

Wie die CDU/CSU die Zustände im Rotlichtmilieu beurteilt
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zieht eine ernüchternde Bilanz: Der Versuch, mit dem Prostitutionsgesetz aus dem Jahr 2002 die Prostitution in Deutschland zu legalisieren und damit die Situation der Prostituierten



Prostitution in Deutschland: Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag will künftig den Kauf sexueller Dienstleistungen bestrafen. Das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution kämpft dafür seit Jahren.
Symbolfoto: Photographee.eu – Fotolia

zu verbessern, deren Schutzniveau zu erhöhen und sie in eine krank- und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, sei gescheitert. So heißt es in der aktuellen Fassung des Antrags, wie er dieser Zeitung vorliegt.

Die tatsächliche Situation in der Prostitution habe sich seit-her drastisch verschlechtert: Der überwiegende Teil der Prostituierten sei Teil einer unfreiwilligen Armutsprostitution und täglich sexueller Ausbeutung, Ge-

walt und Missbrauch ausgeliefert. Unter dem Schutzmantel der vom Gesetzgeber geschaffenen Legalität, so heißt es in dem Antrag, habe sich Menschenhandel unkontrolliert ausbreiten können. Das Rotlichtmilieu werde in weiten Teilen beherrscht von organisierter Kriminalität, Banden und Clans. Selbst neue Vorschriften durch das Prostituiertenschutzgesetz von 2017 hätten nicht den erwünschten Erfolg gebracht.

Die CDU-CSU-Fraktion will

nun grundlegende Gesetzesänderungen nach dem Vorbild des sogenannten Nordischen Modells.

Die Reaktion des Bündnisses auf der Ostalb
Die CDU/CSU-Fraktion legt einen umfangreichen Plan vor, der auf drei Säulen fußt: den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellen, Präventions- und Ausstiegangebote ausbauen, Verwaltungs- und Vollzugsorgane bei der Durchsetzung stärken. Im Ostalb-Bündnis jubelt man

über die Initiative, sei aber durchaus skeptisch, beschreibt Marietta Hagene. „Es ist gut, dass die CDU/CSU jetzt ein Zeichen setzt. Die Partei ist bisher die Einzige in Deutschland, die sich bei diesem Thema so klar positioniert.“

Doch die CDU/CSU-Fraktion habe im Bundestag bekanntlich keine Mehrheit, so Hagene. Es werde nun „entscheidend darauf ankommen, welche Priorität die Ausschüsse diesem Thema geben, und ob eine breitere politische Allianz geschmiedet werden kann“.

Wie es mit dem Antrag nun politisch weitergeht

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion soll laut bisheriger Tagesordnung am Freitag, 23. Februar, um 12.25 Uhr im Bundestag behandelt werden. Nach etwa 40-minütiger Debatte soll er zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen werden.

Offen ist, welcher Ausschuss anschließend die Federführung übernimmt.

**Hintergrund:
das Ostalb-Bündnis**

Im Jahr 2010 wurde im Ostalbkreis ein Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution gegründet. Dazu fanden sich Vertreterinnen und Vertreter der drei Großen Kreisstädte Schwäbisch-Gmünd, Aalen und Ellwangen, verschiedener Institutionen, der Landrat sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zusammen. Das Ziel: gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern ein gesellschaftliches Umdenken erreichen und durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen auf breiter Ebene über Prostitution und die Zustände im Rotlichtmilieu aufklären. Damit war der Ostalbkreis Vorreiter in Baden-Württemberg. Vorausging eine Initiative der Soroptimistinnen im Ostalbkreis. Mehr Info im Internet unter <https://www.schwdbw.de/ostal-buendnis>